



über die 3. Sitzung
des Wirtschaftsausschusses
am Donnerstag, dem 15. September 2005
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Herr Biedermann
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Krause
Herr Lipinski
Herr Madeja
Frau Mann
Herr Wiedemann

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Herr Hasler
Herr Kemna
Herr Kissing
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kühnapfel

Beratendes Mitglied FDP

Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG

Herr Dr. Frey

Ortsvorsteher

Herr Baumann

Verwaltung

Herr Hupe
Herr Reich
Herr Sostmann
Herr Watolla

Gäste

Herr Ingenleuf, Firma Karstadt Kamen

entschuldigt fehlten

Herr Gercek

Frau Middendorf

Herr Stahlhut

Der Vorsitzende, Herr **Ebbinghaus**, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Es wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Situation des Karstadt-Hauses in Kamen Bericht des Geschäftsführers Herrn Ingenleuf	
2.	Regionales Einzelhandelskonzept östliches Ruhrgebiet hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2005	
3.	Entwicklung im Gewerbegebiet "Zollpost" hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2005	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Situation des Karstadt-Hauses in Kamen
Bericht des Geschäftsführers Herr Ingenleuf

Herr **Ingenleuf** gab einen Sachstandsbericht zur Situation des Karstadt-Hauses in Kamen. Er informierte, dass 74 Karstadt-Häuser von amerikanischen und britischen Investoren gekauft worden seien. Insgesamt haben sich 14 Interessenten beworben, und nicht alle hatten die Weiterführung der Häuser im Sinn. Die jetzige Strategie der neuen Investoren sei die Umsatzstabilisierung.

Herr Ingenleuf betonte, dass das Kamener Haus zufrieden sein könne, da hier schwarze Zahlen geschrieben werden. Umgesetzt werden solle jedoch eine neue Sortimentsstrategie bis 2007. Diese Strategie hänge aber auch von der Situation des jeweiligen Standortes ab. Karstadt wolle so Lücken im Angebot schließen und damit auch Umsätze steigern. Bei der neuen Sortimentsstrategie, so Herr Ingenleuf, bilde Mode den Schwerpunkt. Mit der Umsetzung dieser Strategie werde das Kamener Haus später anfangen, weil zunächst die Häuser dran seien, die schlechtere Zahlen schreiben.

Herr Ingenleuf berichtete, dass bisher kein neuer Name für das Unternehmen gefunden worden sei. Dieser solle aber international klingen, da das Unternehmen nach Osten expandieren wolle.

Er berichtete weiter, dass das Kamener Haus durch die Übernahme flexibler handeln könne, weil man sich von der Karstadt AG lösen und andere Schwerpunkte setzen könne.

Herr Ingenleuf merkte an, dass man sich inzwischen mit der ev. Kirchengemeinde wegen des gegenüberliegenden Grundstücks einig sei.

Auf Anfrage von Frau **Dyduch** erklärte Herr **Ingenleuf**, dass keine Arbeitsplätze abgebaut werden. Im Gegenteil müsse man zukünftig überlegen, wieder mehr Arbeitsplätze im Verkauf zu schaffen. Wegen der Initiative des Bürgermeisters habe man im Übrigen einen weiteren Ausbildungsplatz geschaffen, so dass man zur Zeit zwei Ausbildungsplätze habe.

Eine Fassadensanierung, so Herr Ingenleuf, sei im Moment kein Diskussionspunkt.

Herr **Hasler** erkundigte sich nach den Kontakten zur heimischen Kaufmannschaft.

Herr **Ingenleuf** antwortete, dass man den Kontakt vertiefen werde, wenn die nötige Zeit dafür vorhanden sei. Im Moment sei er geschäftlich sehr eingebunden.

Herr **Sostmann** ergänzte in seiner Funktion als stellv. Vorsitzender des HVV, dass das Karstadt-Haus in der Vergangenheit im HVV konstruktiv mitgearbeitet habe und er von Herrn Ingenleuf wisse, dass dies auch zukünftig der Fall sein werde.

Herr **Ebbinghaus** bedankte sich bei Herrn Ingenleuf für den Vortrag und die Beantwortung der gestellten Fragen. Er freue sich als Kamener Kaufmann, dass Karstadt Lücken im Angebotsortiment in der Innenstadt schließen wolle.

Zu TOP 2.

Regionales Einzelhandelskonzept östliches Ruhrgebiet
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2005

Herr **Hupe** gab einen Überblick über die weitere Vorgehensweise zur Fortschreibung des Regionalen Einzelhandelskonzeptes östliches Ruhrgebiet. An der Fortschreibung werden sich 19 Kommunen unter der Federführung der Stadt Hamm beteiligen. Die Städte Witten und Datteln prüfen zur Zeit eine Beteiligung.

Der Fortschreibungsbedarf werde u.a. gesehen, so Herr Hupe, weil mit anhaltenden Wandlungsprozessen, z.B. für die Innenstädte als Einzelhandelsstandort, überlegt werden müsse, wie die Attraktivität der Citys erhalten werden könne. Ferner stelle sich die Frage, wie der anhaltende Nachfragedruck nach Standorten und Flächen im Bereich der Nahversorgung und der damit verbundene Flächenwachstum so gelenkt werden könne, dass die Kaufkraftverflechtung mit den Nachbargemeinden nicht zu Gefährdungen zentraler Bereiche führe. Außerdem könne zur räumlichen und quantitativen Entwicklung in der Region der Gedanke des interkommunalen Sondergebietes entwickelt werden. Darüber hinaus sei eine Fortschreibung der Bevölkerungs- und der Kaufkraftentwicklung für die Prognosezeiträume 2010 und 2015 erforderlich.

Herr Hupe berichtete, dass mit der Fortschreibung die BBE Unternehmensberatung GmbH in Köln beauftragt werden solle. Vom Gutachter werde eine Bearbeitungszeit von ca. 8 Monaten veranschlagt. Mitte 2006 könne das Gutachten vorliegen.

Die aktuelle Fassung solle dann auch in die Diskussion über das Kamener Einzelhandelskonzept einfließen.

Herr **Hasler** fragte an, ob mit der Diskussion über das Kamener Einzelhandelskonzept dann 8 Monate gewartet werden solle.

Herr **Hupe** verneinte dies. Die planungsrechtliche Seite und die Standortbewertung solle jetzt erfolgen. Die Kriteriendebatte könne dann später geführt werden. Das sei deshalb notwendig, weil sich je nach Betrachtung unterschiedliche Bewertungen ergeben könnten. So könnten sich Nachbarstädte in ihrem Angebot auch ergänzen.

Frau **Scharrenbach** meinte, über Kriterien spreche man, bevor man ein Gutachten in Auftrag gebe. Darüber hinaus erkundigte sie sich über die Kosten.

Herr **Hupe** führte aus, dass nach heutigem Stand Kosten in Höhe von rd. 1.100,-- € entstehen.

Im übrigen, so Herr Hupe, gebe man einem Gutachter, bevor man ihn beauftrage, Ziele vor. Bei den inhaltlichen Kriterien sei der Gutachter frei.

Herr **Kissing** erinnerte, dass Ziel des Regionalen Einzelhandelskonzeptes eine Konsensbildung in der Region sei. Er stellte die Frage, ob Tendenzen erkennbar seien, das Ziel aufzuweichen.

Herr **Hu**pe antwortete, dass dies nicht der Fall sei. Als bestes Beispiel nannte er den Umzug von IKEA.

Zu TOP 3.

Entwicklung im Gewerbegebiet "Zollpost"
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2005

Herr **Hu**pe berichtete, dass die Firma IKEA und der Unnaer Investor Schnitger in geschäftlichen Kontakten stehen, das ehemalige IKEA-Haus einer anderen Nutzung zuzuführen, selbstverständlich innerhalb der planungsrechtlichen Grenzen. Er betonte, dass die Verwaltung keine Genehmigung für eine Nutzungsänderung erteilen werde, wenn eine innenstadtgefährdende Nutzung angestrebt werde. Ein Ergebnis der Gespräche sei zur Zeit nicht absehbar, und er sei nicht so optimistisch, wie in der Presse dargestellt.

Auf Anfrage von Frau **Scharrenbach** erklärte Herr Hupe, dass das Gebäude stehen bleiben soll.

Herr **Hasler** fragte an, wie intensiv sich die Verwaltung in die Gespräche zwischen den Geschäftspartnern einschalte. Dies sei schließlich klassische Wirtschaftsförderung.

Herr **Hu**pe widersprach und machte deutlich, dass klassische Wirtschaftsförderung u.a. die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Herstellung von Kontakten, die Bereitstellung von notwendigen Informationen sei. Die Führung von Gesprächen zwischen zwei Geschäftspartnern sei hingegen privatwirtschaftliches Handeln.

Herr **Sostmann** ergänzte, dass die Kamener Wirtschaftsförderung auch zukünftig Kontakte mit der Wirtschaft pflegen werde. Ergebnisse oder auch Zwischenergebnisse an die Öffentlichkeit zu tragen, werde von Investoren eher als störend empfunden.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Ebbinghaus
Vorsitzender

gez. Reich
Schriftführer